

Personal des Bundes

Daten und Fakten 2018



Basisdaten 2017

Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Einwohnerinnen und Einwohner (in Tausend)	8.795
unselbstständig Erwerbstätige (in Tausend)	3.733
Arbeitslosigkeit (lt. EUROSTAT)	5,5%

Volkswirtschaft und staatlicher Sektor

Bruttoinlandsprodukt (BIP in Mrd. €)	369,7
Abgabenquote (in % des BIP)	42,5%
staatl. Ausgaben (in % des BIP)	49,1%
Sach- u. Personalaufwand des staatl. Sektors (in % des BIP)	17,2%
Beschäftigung im staatlichen Sektor (in Tausend*)	733

* Daten 2016

Quelle: Statistik Austria

Der öffentliche Dienst in Österreich

In Österreich wird die öffentliche Verwaltung vom Bund, von neun Ländern sowie den 2.100 Gemeinden wahrgenommen. Zusätzlich zu den Gebietskörperschaften werden zuweilen auch die Sozialversicherungsträger, die gesetzlichen Interessensvertretungen (Kammern) und weitere an der Erstellung öffentlicher Leistungen beteiligte Rechtsträger dem staatlichen Sektor zugerechnet.

Personalstand der Gebietskörperschaften

Bund	134.569
Länder	143.205
Gemeinden	74.652
Gesamt	352.426

Personalstände in Vollbeschäftigtenäquivalenten, exkl. ausgegliederte Einrichtungen und Betriebe. Datenstand: Bund 31.12.2017, Länder 2017 und Gemeinden 2016, Quelle: Bund – MIS, Länder – eigene Angaben der Bundesländer auf Basis des österreichischen Stabilitätspaktes, Gemeinden – Statistik Austria

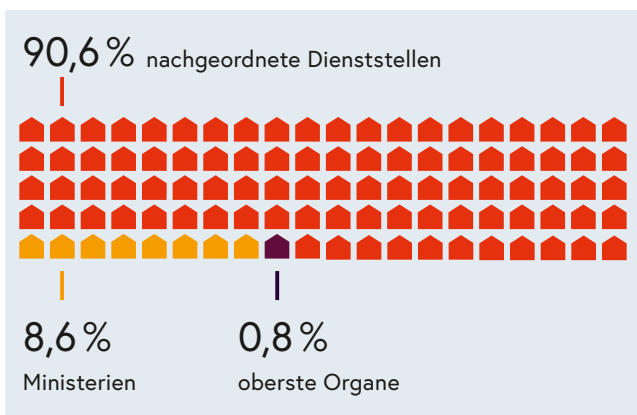
Die im staatlichen Sektor beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden unter dem Begriff »öffentlicher Dienst« zusammengefasst. Mit der service- und bürgerorientierten Aufgabenerfüllung tragen sie entscheidend dazu bei positive Impulse für Gesellschaft und Wirtschaft zu setzen. Neben bekannten Beispielen für öffentliche Aufgabenbereiche, wie Schulwesen, innere und äußere Sicherheit oder Steuer- und Abgabenverwaltung, in denen ein großer Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt ist, sind öffentlich Bedienstete auch in vielen anderen Tätigkeitsbereichen engagiert. Zu nennen wären hier beispielsweise diverse Sozialleistungen, Aufrechterhaltung und Verbesserung der Infrastruktur, Lebens- und Arzneimittelsicherheit, Umwelt- und Naturschutz, Gesundheitswesen etc.

Der Bund

Die Bundesverwaltung ist in Ressorts gegliedert. Ein Ressort setzt sich aus einer Zentralstelle (Ministerium) und nachgeordneten Dienststellen zusammen.

Der Anteil der direkt in den Zentralstellen arbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beträgt 8,6%. In den zahlreichen nachgeordneten Dienststellen wie z. B. Schulen, Gerichten, Finanzämtern und Polizeiinspektionen arbeiten 90,6% der Bediensteten.










Bei den sonstigen obersten Organen (Präsidentenkanzlei, Parlamentsdirektion, Verfassungsgerichtshof, Verwaltungsgerichtshof, Volksanwaltschaft und Rechnungshof) sind 0,8% der Bundesbediensteten tätig.



Darüber hinaus arbeiten rund 5.900 Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte (VBÄ) in ausgegliederten Einrichtungen (z.B. Statistik Austria, Bundesmuseen, Arbeitsmarktservice, Universitäten, Bewährungshilfe etc.) und rund 11.700 in den Nachfolgesellschaften der Post.

Die Berufsgruppen im Bundesdienst

Es werden im Bund sieben Berufsgruppen unterschieden. Zu den unten genannten kommen noch der Krankenpflegedienst und die Schulaufsicht hinzu. Den Berufsgruppen entspricht meist ein klares Berufsbild. Besonders im Verwaltungsdienst findet sich jedoch eine Fülle von Aufgaben. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Berufsgruppe arbeiten daher in nahezu allen Bundesdienststellen. Das Spektrum der Berufsbilder im Verwaltungsdienst umfasst Juristinnen und Juristen, Technikerinnen und Techniker, betriebs- und volkswirtschaftliche Berufe, Psychologinnen und Psychologen sowie Fachexpertinnen und Fachexperten verschiedenster anderer Wissensgebiete sowie Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter im administrativen Bereich.

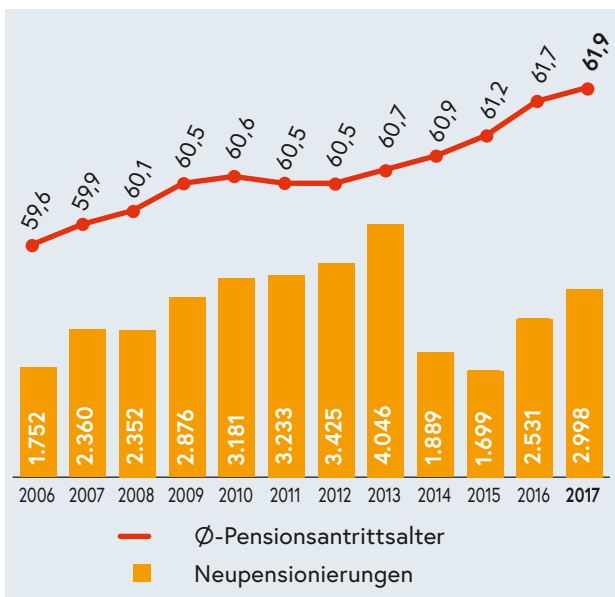
	 Personalstand	 Durchschnittsalter	 Frauen	 Jahreseinkommen (Median)
 Verwaltung	45.917 VBÄ	47,6 Jahren	52,8 %	38.485 Euro
 Exekutivdienst	31.844 VBÄ	42,6 Jahren	16,4 %	50.790 Euro
 Richterinnen u. Richter, Staatsanwältinnen u. Staatsanwälte	2.946 VBÄ	46,6 Jahren	53,7 %	84.643 Euro
 Lehrpersonen	39.864 VBÄ	47,3 Jahren	59,8 %	52.105 Euro
 Militärischer Dienst	13.460 VBÄ	43,1 Jahren	2,4 %	45.303 Euro

Pensionierungen im Bundesdienst

Im Vergleich zum Vorjahr ist das Pensionsantrittsalter der Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten um 0,2 Jahre auf 61,9 angestiegen. Somit konnte der Trend des steigenden Pensionsantrittsalters weiter fortgesetzt werden.

Die Pensionsantritte im Jahr 2017 sind um 18% (+467 Neupensionierungen) auf insgesamt 2.998 angestiegen. Aufschubeffekte bewirkten im Jahr 2016 einen starken Anstieg (absolut und anteilmäßig) bei den vorzeitigen Pensionierungen. Diese Effekte haben sich im aktuellen Jahr eingependelt. Mit einem Plus von 346 Pensionierungen sind die vorzeitigen Pensionierungen weiterhin für den größten Teil (74%) des Zuwachses verantwortlich, der Anteil von 69% an den gesamten Pensionierungen ist im Vergleich zum Vorjahr (68%) jedoch ähnlich hoch. Auch zwischen den einzelnen vorzeitigen Pensionierungsformen gab es anteilmäßig vergleichsweise geringe Verschiebungen.

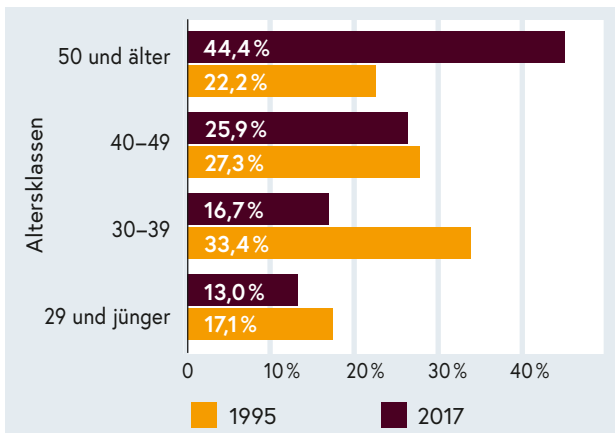
Auf Grund der Altersstruktur im Bundesdienst ist in den nächsten Jahren mit einem weiteren Anstieg der Neupensionierungen zu rechnen.



Altersstruktur der Bediensteten

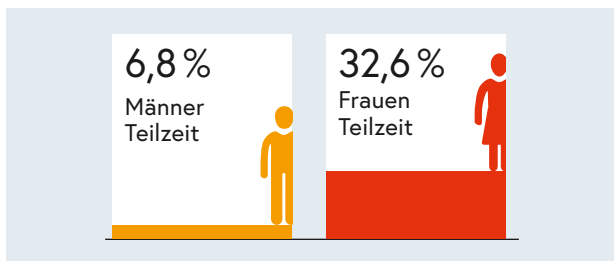
Das Durchschnittsalter im Jahr 2017 beträgt 46,0 Jahre (2016: 46,1). Der langfristige Trend des steigenden Durchschnittsalters ist vor allem auf die restriktive Aufnahme­politik zurückzuführen. Beim leichten Rückgang im letzten Jahr machen sich insb. die Aufnahmen in den Exekutivdienst bemerkbar. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind beim Neueintritt heute tendenziell höher qualifiziert und damit älter als früher. Außerdem bleiben Bundesbedienstete länger im aktiven Beschäftigungsstand als noch vor einigen Jahren.

Altersklassen 1995 und 2017



Teilbeschäftigung im Bundesdienst

Der Teilbeschäftigtenanteil im Bundesdienst liegt 2017 bei 17,7%. Sowohl unter den Beamtinnen und Beamten als auch unter Vertragsbediensteten nützen Frauen die Möglichkeit der Teilbeschäftigung in größerem Umfang.



Qualifikation der Bediensteten

Der Anteil hochqualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist im Bundesdienst traditionell hoch. Die Rückbesinnung auf Kernaufgaben, welche sich in der Ausgliederung operativer Dienststellen und der Übertragung von Serviceleistungen auf private Dienstleister äußert, lässt den Akademiker- und Maturantenanteil seit einigen Jahren steigen. Er liegt heute bei 50,3% während er unter Beschäftigten in der Privatwirtschaft 36,5% beträgt.

Akademiker- und Maturantenanteil 2017

Bund		Privater Sektor	
Männer	Frauen	Männer	Frauen
40,8%	64,6%	33,0%	40,4%

Ausbildung im Bundesdienst

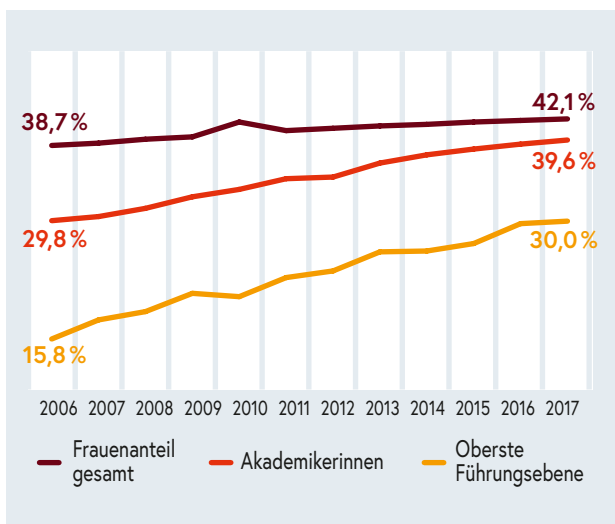
Die Arbeit in der Bundesverwaltung erfordert je nach Berufsgruppe und Arbeitsplatz ein umfassendes Wissen. Daher absolvieren alle neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine an die Vorbildung anknüpfende interne Grundausbildung, um den spezifischen Anforderungen im Bundesdienst gerecht zu werden. Weiters bietet der Bund diverse Praktika an: Das Unterrichtspraktikum bildet die Grundlage für eine spätere Lehrtätigkeit.

Das Verwaltungspraktikum oder das Rechtspraktikum (Gerichtsjahr) hingegen vermitteln Wissen, das auch auf dem privatwirtschaftlichen Arbeitsmarkt gefragt ist. Mit derzeit 1.415 Lehrlingen ist der Bund einer der größten Lehrlingausbildner Österreichs. In ausgegliederten Einrichtungen des Bundes sind darüber hinaus 2.588 Lehrlinge tätig.

Mit 31.12.2017 absolvierten 1.463 Bedienstete die Truppenoffiziersausbildung oder die Unteroffiziersausbildung.

Frauen und Männer im Bundesdienst

Der Frauenanteil im gesamten Bundesdienst beträgt 42,1%. Seit mehreren Jahren steigt der Frauenanteil vor allem auch in Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind (Exekutive, Militär). Der Anteil von Frauen an den unselbstständig Erwerbstätigen beträgt österreichweit 48,4%. Dieser Wert wird in 9 der 13 Ressorts überschritten. In zwei Ressorts, nämlich dem Bundesministerium für Inneres und dem Bundesministerium für Landesverteidigung, liegt der Wert jedoch deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt. Das liegt daran, dass in diesen Ressorts die Berufsgruppen Exekutivdienst und Militärischer Dienst, in denen Frauen historisch bedingt in der Unterzahl sind, einen hohen Anteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellen.



Eine zentrale Frage im Zusammenhang mit Gleichberechtigung ist, wie stark Frauen in Führungspositionen vertreten sind.

Zum einen geht Führungsverantwortung mit Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten einher, zum anderen korreliert sie auch mit der Einkommenshöhe und ist damit einer der Gründe des Einkommensunterschieds zwischen Frauen und Männern. Seit 2006 sind die Anteile von Frauen in Führungspositionen auf allen Ebenen angestiegen. Bei der obersten Führungsebene ist der Anstieg des Frauenanteils mit 14,2% wesentlich stärker gestiegen als der Frauenanteil insgesamt.

Bundesministerium für öffentlichen Dienst
und Sport
Sektion III – Öffentlicher Dienst
und Verwaltungsinnovation
Sektionschefin Mag.^a Angelika Flatz
Hohenstaufengasse 3, 1010 Wien

Kontakt

Bundesministerium für öffentlichen Dienst
und Sport
Referat III/C/7/a – HR-Controlling
Tel.: +43 1 71606-667334
E-Mail: iii7@bmoeds.gv.at

Mehr Details finden Sie im Bericht
»Personal des Bundes 2018«
abrufbar auf unserer Webseite
www.oeffentlicherdienst.gv.at

Impressum

Medieninhaber, Verleger und Herausgeber:
Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport
Referat III/C/7/a – HR-Controlling
Redaktion: Gabriele Glier-Menz, Florian Dohnal, Yeliz Yildirim
Grafik: Raphael Van Loo/BMöDS
Druck: BMI
Auszugsweiser Abdruck ist nur mit Quellenangabe gestattet,
alle sonstigen Rechte sind vorbehalten
Wien, 2018